

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Hg. Resten 2.— Wt. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9.

Montag, den 25. Oktober 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis M. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Danzig in polnischer Gewalt.

Danzig, 23. Okt. Durch Beschluß der Völkervertragskonferenz vom 20. Oktober ist die Unterzeichnung der Konvention zwischen dem Freistaat Danzig und Polen auf Samstag, nachmittags 4 Uhr, angelegt. Zugleich soll zur Unterzeichnung der Bestimmung geschritten werden, die die Stadt Danzig als freien Staat konstituiert.

Aus der Konvention zwischen Polen und der freien Stadt Danzig, deren endgültiger Text am 19. Oktober festgelegt wurde, seien folgende Einzelheiten entnommen: Die polnische Regierung, die einen diplomatischen Vertreter mit dem Sitz in Danzig bestimmt, erhält die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der freien Stadt Danzig, sowie den Schutz der Staatsangehörigen Danzigs in fremden Ländern.

Danzig wird das Recht erteilt, dem Personal der polnischen Konsulate im Ausland an Stellen, wo wichtige wirtschaftliche Interessen Danzigs in Frage kommen, Sachverständige beizugeben. Polen darf keinen internationalen Vertrag, der Danzig interessiert, schließen ohne vorherige Beratung mit der Freien Stadt Danzig. Der vom Völkerbund eingesetzte Oberkommissar kann jedem, Danzig betreffenden internationalen Vertrag mit Zustimmung des Völkerbundsrats sein Veto entgegensetzen. Danzig erhält das Recht einer eigenen Handelsflotte.

Die Stadt bildet mit Polen ein einziges Zollgebiet. Der Danziger Freihafen wird aufrechterhalten. Die Freizone wird unter die Kontrolle eines besonderen Ausschusses gestellt, der zu gleichen Teilen aus Danziger und polnischen Kommissaren zusammengesetzt ist. Dieser Ausschuss hat die Leitung, Verwaltung und Ausnutzung des Hafens, der Wasserwege und der gesamten Schienenwege, die dem Zweck des Hafens dienen.

Alle Schienenwege des freien Staats werden von Polen verwaltet, außer den Straßenbahnen und Schienenwegen, die hauptsächlich den Bedürfnissen der Freien Stadt dienen. Es darf keine Schiffsfahrts-gesellschaft zugelassen werden ohne die Ermächtigung der polnischen Regierung. Der Ausschuss hat auch weitgehende Rechte in der Sicherung von Güter- und Hafeneinrichtungen und kann auch zu Enteignungen schreiten. Polen erhält vom Ausschuss den freien Gebrauch des Hafens und seiner Verbindungsmitel. Ferner erhält Polen das Recht, im Hafen von Danzig einen eigenen Post- und Telegraphenverkehr mit Polen einzurichten. Die anderen postalischen Einrichtungen des Freistaats fallen der Freistadt zu. Danzig erhält deutsche Währung. Sobald es die Umstände erlauben, soll in Verhandlungen eingetreten werden, die die Vereinheitlichung des Münzsystems zum Ziele haben. Polen übernimmt die Versorgung Danzigs mit Lebensmitteln und Brennmaterial. Streitigkeiten zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig, die die Beziehungen der beiden Länder berühren, unterliegen der Entscheidung des Oberkommissars, bzw. des Rats des Völkerbunds. — So sehen die Entschlüsse des sog. „Völkerbunds“ aus, der eine deutsche Stadt gegen ihren Willen einfach an Polen verschachert.

Paris, 24. Okt. Laut „Journal“ bestehen die Hauptschwierigkeiten eines Abkommens zwischen Polen und Danzig darin, daß Polen sich eine eigene Handelsflotte schaffen will und den Einschluß Danzigs in das Zollgebiet Polens verlangt. Der von Polen abgelehnte Vertrag sprach Danzig Zollautonomie zu. Ferner wendet sich die polnische Regierung dagegen, daß der Ausschuss, der den Hafen von Danzig verwaltet, die Zufuhrstraße zum Hafen überwacht und die Kontrolle über die Wechsel ausübt.

Zur äußeren Lage.

Autonomie für Oberschlesien.

Berlin, 23. Okt. (Amlich.) Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten setzte am Samstag vormittag die Beratungen vom Donnerstag über die Gewährung der bundesstaatlichen Autonomie für Oberschlesien fort. Es waren u. a. anwesend: Der Reichskanzler, sowie die Reichsminister des Außen und des Innern, ferner die ober-schlesischen Abgeordneten des Reichstags und der preussischen Landesversammlung. Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes: Die Reichsregierung wird demnächst ein Gesetz einbringen, das in Oberschlesien nach dessen Entscheidung für Deutschland die volle gliederstaatliche Autonomie einführt, wenn die ober-schlesische Bevölkerung sich für diese Autonomie erklärt. Die Annahme des Gesetzes ist nach den Verhandlungen des Ausschusses und den dort von den Vertretern der Parteien abgegebenen Erklärungen gesichert.

Bessere Bewaffnung der ober-schlesischen Besatzungstruppen.

Beuthen, 24. Okt. Die Bewaffnung der Besatzungstruppen zeigt seit heute insofern ein anderes Bild, als Tanks in größerer Zahl in Oberschlesien aufzutraten. So rückten heute vormittag in Beuthen 16 Tanks ein. Auch in anderen ober-schlesischen Orten sind Tanks zu sehen.

Ueberschreiten deutschen Militärs nach Litauen.

Berlin, 24. Okt. Die Meldungen wegen des Ueberschreitens von deutschem Militär und ganzen Formationen aus Ostpreußen nach Litauen werden von zuständiger Seite als außerordentlich übertrieben bezeichnet. Einzelfälle von Uebergängen nach Litauen sind vorgekommen. Sie sind aus den geringen Bewaffnungsmöglichkeiten zu erklären, die der deutschen Regierung für die Grenze zur Verfügung stehen. Daß größere geschlossene Formationen übergetreten sind, ist an amtlicher Stelle nicht bekannt. Der Oberpräsident von Ostpreußen hat die Bevölkerung gewarnt und Maßregeln getroffen, um das Ueberschreiten der Grenze durch geschlossene Verbände zu verhindern. Daß einzelne bewaffnete Personen die Grenze überschreiten, läßt sich bei der Ausdehnung und schwachen Besetzung der Grenze nicht verhindern.

Um die deutschen Amerikakabel.

Washington, 24. Okt. Neuer erfährt: Die internationale Verkehrs-konferenz beschäftigte sich mit der Zuteilung der deutschen Kabel im Atlantischen Ozean, die Amerika verlangt, um unmittelbar mit Deutschland verkehren zu können. Die englischen Delegierten scheinen das amerikanische Verlangen abzulehnen. — Es handelt sich hier doch nur um ein Scheinmanöver.

Ein Amerikaner

über die traurigen Verhältnisse in Deutschland. Amsterdam, 24. Okt. Der Hauptschriftleiter der amerikanischen Zeitschrift „Engineering News Record“ schreibt über seinen Besuch in Deutschland, er sei am meisten betroffen von den elenden Verhältnissen, unter denen das deutsche Volk arbeiten müsse. Amerika müsse Englands Politik schützen. Ein chaotisches Deutschland bilde eine Bedrohung für die ganze Welt.

Die Frage der Schaffung eines internationalen Gerichtshofes.

(WLB.) Brüssel, 24. Okt. (Havas.) In der Sitzung des Völkerbundsrats fand ein Meinungs-austausch über die Frage der Schaffung eines ständigen internationalen Gerichtshofs statt. Von verschiedenen Regierungen, denen seinerzeit ein Entwurf dazu zugestellt worden war, gingen inzwischen beim Sekretariat des Völkerbunds Bemerkungen und Selbstkritiken zur Kompetenzsphäre dieses Instituts, wie sie im Entwurf vorgesehen war, ein, die besagen, daß die Kompetenzen über den Geist des Völkerbundsvertrags hinausgehen. Die Meinungen gehen hauptsächlich in folgenden Punkten auseinander: Nach Art. 14 des Völkerbundsvertrags haben im Falle eines Streitfalles mit internationalem Charakter beide der streitenden Parteien den Gerichtshof anzurufen, während es nach den Bestimmungen des Entwurfs genügt, wenn eine Partei allein klagt. Die in Frage stehenden Regierungen sind der Meinung, daß es, da es sich um ein Schiedsgericht handelt, des Einverständnisses beider streitenden Parteien bedarf, um eine eventuelle Streitfrage vor den internationalen Gerichtshof zu ziehen. Diese Seite der Frage ist es, die die Mitglieder des Völkerbundsrats gegenwärtig beschäftigt.

(Es handelt sich also darum, ob die bisherige Einrichtung des Haager Schiedsgerichts bleibt, daß zwei Staaten sich freiwillig dem Urteilspruch des Schiedsgerichts unterwerfen, und somit den Internationalen Gerichtshof als absolute Autorität anerkennen oder ob durch die Anrufung des Gerichtshofs durch eine Partei die andere gewissermaßen gezwungen ist, sich ebenfalls dem Urteilspruch zu unterwerfen. Damit wäre die Einrichtung eines obligatorischen Schiedsgerichts geschaffen, gegen das vor dem Weltkrieg so ziemlich alle Großmächte sich ausgesprochen hatten, weil daraus gegebenenfalls eine schwere Schädigung ihrer Souveränität sich ergeben könnte. Die Schriftl.)

Die französisch-englischen Auseinandersetzungen.

Paris, 25. Okt. Der belgische Ministerpräsident Delacroix erklärte einem Vertreter des „XX. Siecle“, Lloyd George wünsche die Vollversammlung des Völkerbunds in Genf die Anwesenheit des Ministerpräsidenten Deques. — „Journal des Debats“ teilt zu dieser Nachricht mit, die französische Regierung sei über diesen Gegenstand nicht gefragt worden. Es sei übrigens auch wenig wahrscheinlich, daß sie diese Einladung günstig aufnehmen werde. Man schein in politischen Kreisen zu befürchten, daß eine derartige Zusammenkunft wie eine Einmischung in die Be-

jugnisse des Völkerbunds angesehen werden könne und daß die Anwesenheit noch anderer Regierungschefs, die sich auch nach Genf begeben könnten, dieser Zusammenkunft des Völkerbunds den Anschein einer neuen Friedenskonferenz geben könnten. — Es spielt hier immer die Angst mit, man wolle etwas am Versailler „Vertrag“ ändern.

Paris, 25. Okt. Eine Havasnote besagt: Man meldet aus diplomatischen Kreisen, daß wenn auch noch keine Lösung in den englisch-französischen Verhandlungen betreffend die Wiedergutmachung gefunden wurde, die Uebereinstimmung zwischen beiden Ländern noch nie gestört war.

Die Franzosen in Syrien.

Paris, 24. Okt. Havas meldet aus Damaskus: Die Lage in Syrien verbessert sich von Tag zu Tag. In Damaskus herrscht völlige Ruhe. Die Verwaltung des Großlibanon beginnt normal zu funktionieren. Man kann die Unterwerfung des Hauran als vollendet betrachten.

Erhebungen gegen die Bolschewisten im Innern Russlands.

Paris, 25. Okt. Die „Agence Havas“ erfährt über Gefängnis aus Moskau, daß in den Gouvernements Perm, Jekaterinenburg und Wiatka ernste Erhebungen gegen die Bolschewisten stattgefunden haben.

Armenien und Sowjetrußland.

Konstantinopel, 24. Okt. Nachrichten aus armenischer Quelle zufolge hat die Sowjetregierung der armenischen Regierung einen Waffenstillstand und den Rückzug der Truppen von der armenischen Grenze vorgeschlagen unter der Bedingung, daß Armenien mit Sowjetrußland in enge Beziehungen trete.

Amerikanischer Protest gegen das Petroleummonopol Englands.

London, 23. Okt. In offiziellen amerikanischen Kreisen ist man sehr unzufrieden über die Verhandlungen zwischen England und Frankreich über die Oelfelder in Mesopotamien. Der Protest der amerikanischen Regierung gegen die englische Monopolisierung dieser Oelfelder zum Schaden anderer Nationen wird durch eine weitere Note verstärkt werden. Die ganze Korrespondenz darüber soll der amerikanischen Öffentlichkeit unterbreitet werden. — Das ist nichts als Bluff, denn das angelsächsische Kapital arbeitet im geheimen ja doch zusammen.

Der englische Bergarbeiterstreik.

London, 24. Okt. Die vier Führer der Bergleute, die sich heute Vormittag nach der Downingstreet begeben hatten, verließen um 1 Uhr nach zweistündiger Unterhandlung mit der Regierung das Regierungsgebäude wieder. Auf Anfrage erklärten sie nur, daß die Verhandlungen weiter dauern würden.

Arbeitslosigkeit.

Rotterdam, 24. Okt. „Nieuwe Rotterdam'sche Courant“ meldet aus London, daß 15 zur Arbeiterpartei gehörende Bürgermeister in einem Schreiben an Lloyd George erklärten, sie könnten die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht länger übernehmen, wenn die Regierung nicht großzügige Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit treffe.

Unterstützung der Kohlenarbeiter durch die amerikanischen Arbeiterorganisationen?

Newyork, 24. Okt. Die amerikanische Gewerkschaftsunion schlägt zur Unterstützung der Forderungen der englischen Kohlenarbeiter vor, die Ausfuhr amerikanischer Kohlen zu verhindern. Die Gewerkschaft der Lader hat ihre Mitglieder aufgefordert, die Verladung von Ausfuhrkohle zu verhindern.

Ausland.

Die belgischen Sozialisten für Teilnahme an der Regierung.

Brüssel, 25. Okt. (Havas.) Demnächst soll sich ein belgischer Sozialistentag über die Teilnahme der Partei an der Regierung aussprechen. Gestern fanden bereits in Brüssel und in der Provinz regionale Kongresse statt, wobei sich in Brüssel eine geringe Stimmenmehrheit, in der Provinz dagegen eine große Mehrheit für die Teilnahme ergab.

Deutscher Dampferverkehr nach den Mittelmeerhäfen.

Marseille, 24. Okt. Heute Morgen traf der deutsche Dampfer „Prussia“ mit 600 Tonnen verschiedener Waren an Bord von Hamburg kommend in Marseille ein. Die „Prussia“ wird künftig einen regelmäßigen Verkehr zwischen Hamburg, Barcelona, Marseille und Genua unterhalten.

Das Verbrechen am griechischen Königshause.

Paris, 25. Okt. Venizelos erklärte dem Vertreter des „Temps“ in Athen, wenn König Alexander sterbe, werde sein Bruder Paul König. Venizelos verlange aber vorher Bürgschaft dafür, daß König Konstantin auf alle Thronansprüche verzichte. Das Wahlergebnis werde beweisen, daß seine Sache verloren sei und daß er nur seinen Sohn um den Thron bringen werde, wenn er seinen persönlichen Ehrgeiz befriedigen wolle.

Berlin, 23. Okt. Professor Sidal, welcher bis vor einigen Tagen König Alexander von Griechenland behandelte, machte einem Mitarbeiter des „Messagero“ gegenüber folgende Äußerungen: Auf die Frage, ob es wahr sei, daß der König bereits tot wäre, vermied er es, zu antworten. Auf die Frage nach der Ursache der Erkrankung erklärte er, der König sei in der Tat von einem Affen, und zwar von einem äußerst zahmen Tier, gelitten worden. Es handele sich zweifellos um ein scheußliches Verbrechen. Die Tollwut sei dem Affen eingeflüßt worden.

Die Radikalisierung der italienischen Arbeiterschaft.

Mailand, 24. Okt. Die Leitung der sozialistischen Partei hält, wie bereits gemeldet, in Florenz dieser Tage Sitzungen ab, die den allgemeinen Kongress der italienischen sozialistischen Gesamtpartei vorbereiten sollen. Gemäß Beschluß der Parteileitung wird im „Avanti“ ein Aufruf veröffentlicht, der vom Anarchistenbund, dem Allgemeinen Arbeiterbund, dem Eisenbahnerverband und dem Seelenteuerverband, sowie von den Hafenarbeitern unterzeichnet ist. Der Aufruf fordert das italienische Proletariat auf, geschlossen in den Kampf um den Sieg des Kommunismus einzutreten. Nach dem „Secolo“ hat Moragari einen Staatsstreik der Mitglieder des Fascho angekündigt, der am Jahrestage der Schlacht von Vittorio Veneto ausgedehnt werden soll.

Scharlach und Diphtherie in London.

London, 24. Okt. (Reuter.) Hier herrscht eine starke Scharlach- und Diphtherie-Epidemie. Gestern wurden 4771 Scharlachfranke und 2021 Diphtheriefranke in die Spitäler aufgenommen.

Deutschland.

Eröffnung der Hochschule für Politik.

Berlin, 24. Okt. Die Deutsche Hochschule für Politik wurde heute Vormittag in Gegenwart des Reichspräsidenten Ebert im großen Hörsaal der Bauakademie feierlich eröffnet. Die Beteiligung war so stark, daß der Raum die Erschienenen kaum zu fassen vermochte. Mit den Reichs- und preussischen Ministern und sonstigen Vertretern der deutschen Länder waren zahlreiche Vertreter der öffentlichen und freien Körperschaften, Anstalten und Einrichtungen anwesend. Staatsminister a. D. Dr. Drehs vom Vorstand der Hochschule hielt die Eröffnungsrede. Eine deutsche Hochschule solle die neue Schöpfung sein, aber nicht in chauvinistischem Sinn. Vielmehr werde sie alles, was das Ausland an geistigen Werten zu bieten habe, im Geiste ernster Wissenschaft würdigen. Sie werde nicht eine Lehrstätte einseitiger parteipolitischen Anschauungen sein, sondern Vertreter aller politischen Parteirichtungen seien berufen, an ihr zu lehren und zu lernen. Dann hielt Reichsminister Dr. Simon eine Rede, in der er betonte, daß gerade das Auswärtige Amt das größte Interesse an dieser neuen Hochschule nehme. Als dritter Redner wies Reichsminister Dr. Koch darauf hin, daß unser Bildungswezen solcher Anstalten bedürfe, die zur Praxis zurückführen. Reichsminister Dr. Scholz warnte, das wirtschaftspolitische Gebiet nicht zu vergessen, weil unsere Politik der nächsten Zukunft vor allem eine eminent wirtschaftliche sein müsse. In Vertretung des erkrankten Ministers für Volksbildung, Hähnisch, überbrachte Ministerialrat Richter namens der preussischen Unterrichtsverwaltung die wärmsten Wünsche für die neue Hochschule. Professor Dr. Jäckh, der ebenfalls dem Vorstand der Hochschule angehört, sprach in seinem Schlußwort allen Förderern der neuen Anstalt den wärmsten Dank aus. Die Vorlesungen an der Deutschen Hochschule für Politik beginnen am 1. November.

Vom Bergarbeiterverband.

Böhm, 25. Okt. In einer gestern im Bohumer Hof abgehaltenen Revierkonferenz des Alten Bergarbeiterverbandes wurde der Schiedspruch, soweit er sich auf die Lohnerhöhung bezieht, angenommen. In einer Rede führte der Verbandsvorsitzende Husemann aus, daß, wenn von den englischen Bergarbeitern ein Sympathiestreik der deutschen Bergarbeiter verlangt (!) werde, es noch zu überlegen sei, ob nicht andere Mittel und Wege zur Verfügung ständen. Die deutschen Bergleute würden aber mit allen Mitteln verhindern, daß deutsche Kohlen, die von uns an die Entente abgeliefert werden müßten, nach England kämen. Aber auch in diesem Fall würden sie sich zunächst an die Transportarbeiter wenden. — In der Konferenz wurde schärfster Einspruch gegen die wahnwitzige Forderung der Vernichtung der Dieselmotoren, die auch im Bergbau Verwendung finden, erhoben. Die deutsche Arbeiterschaft werde sich mit allen Kräften dagegen wehren. In einer Entschließung wurde die Annahme des Schiedspruchs, soweit er die Lohnerhöhung betrifft, angenommen. Den übrigen Teil des Schiedspruchs, der sich insbesondere über eine anderweitige Regelung des Uebersichtigenabkommens ausläßt, lehnte die Konferenz ab. Falls die Regierung wider Erwarten der Erhöhung der Kohlenpreise zustimme, würde die dadurch hervorgerufene Preissteigerung die Bergleute zu neuen Lohnforderungen zwingen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der die Vollsozialisierung des Bergbaus nach dem Vorschlage Ledereis verlangt.

Die bayrische Regierung gegen die Sozialisierung der Bergwerke.

(W.L.B.) München, 24. Okt. Im Staatsausschuß erklärten bei der Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung der Finanzminister Krauenack und Generaldirektor Kläiber, daß eine Sozialisierung der Bergwerke

im gegenwärtigen Augenblick zu einer Katastrophe des bayrischen Wirtschaftslebens führen würde. Die Erfahrungen, die bisher mit den zentralisierten Betrieben des Reichs gemacht wurden, seien nicht günstig. Das Ziel der Verbilligung würde durch den benötigten Riesenapparat nicht erreicht. Es sei zwar richtig, wenn der Staat einen gewissen Teil der Naturerschätze selbst abbaue, aber alle Bodenschätze selbst zu bewirtschaften, würde zu weit führen. Das Privatkapital solle man nicht ganz ausschalten; denn seine Mitwirkung bedeute Wettbewerb und damit Fortschritt.

Der außerordentliche Reichshaushalt.

Berlin, 23. Okt. Der außerordentliche Haushalt enthält u. a. folgende Ausgabenpostitionen: für das Reichsarbeitsministerium 2288 973 202 Mark, für das Reichswehrministerium 1 718 806 267 Mark, für das Reichsschatzministerium 445 Millionen Mark, davon zur Durchführung des Gesetzes betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft 250 Millionen Mark, für das Reichsverkehrsministerium, Abteilung für Wasserstraßen, 100 Millionen Mark, für das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft 20835 389 Mark, Reichsschuld 1 067 391 120 Mark, Reichsministerium für Wiederaufbau 926 254 000 Mark, Allgemeine Finanzverwaltung 4 144 727 642 Mark, davon zur Umwidmung der alten Wehrmacht 3 955 447 642 und Kosten der Internierung der Angehörigen russischer und polnischer Truppenteile 140 Millionen Mark. Zur Ausführung des Friedensvertrags sind in den außerordentlichen Haushalt an Ausgaben eingestellt 41 440 371 969 Mark, davon für die Befahrungstruppen in den Rheinländern 15 505 250 000 Mark, für 1919 920 Millionen, und für Ausgaben in Ausführung des Friedensvertrags und seiner Vorverträge 25 Milliarden Mark, im Vorjahre 17 Milliarden. Dem Reichshaushaltsplan ist u. a. eine Denkschrift über die Beteiligung des Reichs an folgenden industriellen und kaufmännischen Unternehmungen beigegeben: Hfeder-Hütte, Mitteldeutsche Stickstoffwerke, Chemische Werke Lothringen, Elektrowerke A.-G. Berlin, Gesellschaft für Kraftübertragung, Mitteldeutsche Kraftwerke, A.G. Werke, Württemberg, Landes-Elektrizitätsgesellschaft, Ostpreussische Kraftwerke, ferner an verschiedenen Werken der Aluminium-Industrie, weiter Deutsche Werke A.-G. und schließlich Reichskredit- und Kontrollstelle G. m. b. H.

Die Beschuldigungen

gegen den Reichsernährungsminister unbegründet.

Berlin, 24. Okt. (Amtlich.) Auf Beschluß des Reichskabinetts hatte der Reichskanzler am 16. ds. Ms. den Reichsjustizminister und den Reichsfinanzminister damit beauftragt, die Sach- und Rechtslage hinsichtlich der gegen die Person des Reichsernährungsministers und auf seine Geschäftsführung erhobenen Vorwürfe festzustellen. Die Minister haben nunmehr die Prüfung abgeschlossen, ob und inwiefern die Angriffe den Minister Dr. Hermes unbeschadet seiner etatrechtlichen und politischen Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag persönlich belasten. Auf Grund ihres Berichts kam das Kabinett einstimmig zu dem Ergebnis, daß die persönliche Ehrenhaftigkeit des Ministers außer allem Zweifel steht. — Befanntlich wurde gegen den Minister die Beschuldigung erhoben, er habe für persönliche Zwecke zu viele Ausgaben gemacht, z. B. Autos, übertriebene Bureaueinrichtungen usw.

Um die Kartoffeln.

Berlin, 22. Okt. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus Bockum gemeldet, daß die 4000 Mann starke Belegschaft der Zeche „Matthias Stinnes“ beschloßen hat, in den Streik zu treten, wenn die Kartoffelzufuhr nicht so einleze, daß die Familien fürs erste versorgt werden könnten.

Berlin, 22. Okt. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Dresden, daß die Bergarbeiter des Lugau-Delesnitzer Reviers sich an die Landesartoffelstelle und an das Landespreissamt in Dresden gewandt haben mit dem Ersuchen um Bewilligung von billigen Kartoffeln, wie sie die übrigen Bergarbeiter Deutschlands schon erhalten. Als Gegenleistung erklären sich die Bergarbeiter bereit, eine Stunde Ueberdiesicht zu verfahren.

Streik auf den Hamburger Werften.

Hamburg, 23. Okt. Der heute morgen auf der Werft von Blohm und Voß ausgebrochene Streik der Rieter hat weiter um sich gegriffen. Auch auf der Reihenschieferwerft und auf dem Vulkan sind sämtliche Rieter im Auslande. Die Forderungen der Streikenden auf eine 30prozentige Erhöhung der Alfordlöhne sind abgelehnt worden.

Ein Landesverräter.

Berlin, 22. Okt. Der „Berliner Lokalanz.“ meldet aus München, daß der Techniker Georg Stahl aus Nürnberg in Landsbut verhaftet wurde, weil er seit Monaten in den Bagr. Motorwerken in München Modellphotographien von Flugschiffmotoren gestohlen hatte und sie für 700 000 Mark an eine russische technische Kommission in Berlin verkaufen wollte.

Landtag.

Die Interpellation über die Ernährungslage.

(S.C.B.) Stuttgart, 23. Okt. Die ganze heutige Landtags-Sitzung war ausgefüllt mit der Großen Anfrage Pflüger (Soz.) und Genossen über die sprunghafte Steigerung der Preise für die notwendigen Nahrungsmittel. Pflüger (Soz.) begründete sie und wies auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage großer Teile unseres Volkes hin. Eine Herabsetzung der Einkommen sei ohne Preislenkung nicht möglich; im Gegenteil müßten die Einkommen erhöht werden. Der Weg des Bauernbundes führe zum Zusammenbruch. Die Wirtschaft des Reichsernährungsministers Dr. Hermes ruiniere das Volk. Der Wille, den Wucher zu brechen, sei aus Furcht vor politischen Folgen auch bei den Mittelparteien gebrochen. Von einer Steigerung der Erzeugung sei keine Rede mehr. Solange die Notlage bestehe, dürfe kein Brotgetreide der Ernährung entzogen werden. Der Redner griff das Verhalten des Bauernführers Körner an,

Agitatoren reifen im Lande herum, um Anleitung zur Steuerhinterziehung zu geben. Gegen die Forderung der Entente auf Ablieferung von 810 000 Milchkühen sei schärfster Protest zu erheben. Der Reichsernährungsminister Hermes habe 900 Millionen Mark durch zu späten Del- und Fettankauf verschleudert. Die Rechte sei schuld an der Steigerung der Preise, habe aber nichts für die Steigerung der Erzeugung getan. Ernährungsminister Dr. Schall verwies auf die Bemühungen der Regierung um eine volle Erfassung und gerechte Verteilung. Die Kartoffeleindeckung sei in vielen Bezirken günstig. Schuld an den hohen Kartoffelpreisen sei die Preispolitik des sozialdemokratischen Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt. Die Schuld daran, daß der begründete Aufruf der landwirtschaftlichen Organisationen wegen eines Kartoffelpreises von 20—24 Mark erfolglos blieb, trage die „Schwäb. Tageszeitung“. Der Viehstand sei trotz der Seuche nicht schlecht. Die Milchversorgung bleibe hinter der im September noch zurück. Dem Protest gegen die Milchviehablieferung an die Entente schloße sich das ganze Haus an. Die Versorgung sei heuer im allgemeinen nicht schlechter als im vorigen Jahr. Preissteigerungen seien nur bei Obst und Fleisch eingetreten. Ein Preisabbau ohne Verbesserung der Valuta sei nicht möglich. Notwendig sei der Selbstschutz der Verbraucherorganisationen beim Preisprüfungswezen und eine festgeschlossene Front gegen Wucher, Schleihhandel und Schiebererei. Die Bauern zu höheren Preisen aufhebe, begehe ein Verbrechen am Volk. Die Hauptsache sei eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Bei der Befprechung der Anfrage, die von dem mehr als halb leeren Hause besprochen wird, brachte die Abg. Pland (D.D.P.) die Wünsche der Frauen zum Ausdruck. Mit dem Preisabbau müßten die Bauern anfangen; die Industrie könne es nicht. Notwendig seien Lieferungsverträge zwischen den Gemeinden der Erzeuger und denen der Verbraucher. Die unnützen Zwischenglieder im Handel sind auszuschalten. Wer Lebensmittel ins Ausland schiebt, ist ein Landesverräter. Wir müssen eine andere Gesinnung im Volke wecken und den Geist der Selbstsucht bannen. Dienstag nachmittag 4 Uhr Kleine Anfragen. Landestheatergeseß, Schullastengesetz, Landessteuergesetz und Fortsetzung der Teuerungsdebatte.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 25. Oktober 1920.

Konzertabend Fritz Haas.

* Wie nicht anders zu erwarten war, gestaltete sich das Konzert des Konzertsängers Fritz Haas, der ebenso durch persönliche als berufliche und künstlerische Beziehungen mit unserer Stadt eng verbunden ist, zu einem musikalischen Ereignis. Der große Saal des „Badischen Hof“ war, — wie schon lange nicht mehr bei künstlerischen Veranstaltungen — von Musikfreunden aus allen Kreisen der Bevölkerung voll besetzt. Wie die „schöne Müllerin“, die wir voriges Jahr zu hören bekamen, eignet sich auch der Wiedererfolg „Die Winterreise“ von Schubert ganz besonders nicht nur für den weichen und warmen Bariton des Sängers, sondern auch für dessen feines Empfinden. Die „Winterreise“ von Wilhelm Müller, der das selbe Motiv des verratenen Wanderburschen zugrundeliegt, der in die Welt zieht, und auf seiner Wanderschaft mit seinem Herzeleid fertig zu werden sucht, wobei er die Stimmung seiner zerissenen Seele in mancherlei Beziehungen mit den wechsellieblichen Bildern der Winterlandschaft bringt, ist noch einen Schattens schwerblütiger als die „Müllerin“, was naturgemäß auch in der Betonung zum Ausdruck kommt. In der Wiedergabe der oft geradezu düsteren Stimmung der Lieder, wie namentlich in dem „Bewegener“ und dem „Wirtshaus“, zeigte sich aber so recht die prächtig durchgebildete Stimme des Künstlers, die auch die feinste Nuancierung in den untersten Legen noch rein und weich herausbrachte, und seine wundervolle seelische Ausdrucksfähigkeit. Ganz prächtig traf der Künstler den feinen Hauch der Lyrik in dem einführenden Liede „Gute Nacht“, sodann in dem rührend schönen „Am Brunnen vor dem Tore“. Reizvoll wurde auch das musikalisch wie rhythmisch gleich ammutige Charakterbild „Die Post“ gegeben, und wie impressionistische Kabarettstücke nahmen sich das nächtliche Stimmungsbild „Im Dorfe“ und der „stürmische Morgen“ aus. Mit innigem Empfinden wurde auch der zarte und lieblichende „Frühlingstraum“ gegeben. Wenn wir in Vorstehendem einige Stücke besonders herausgehoben haben, so soll das nicht heißen, daß die andern Vorträge inhaltlich wie in der Wiedergabe zurückgefallen wären, denn alle waren im Zusammenhang mit dem Gesamtwerk in ihrer Eigenart und ihrem Vortrag gleich wertvoll und ansprechend. Unterstützt wurde der Künstler durch die Mitwirkung des Musikdirektors Keller am Flügel, der nicht nur vortrefflich alle Feinheiten des Werks durch sein technisch vollendetes und seelisch empfindungsreiches Spiel herausholte, sondern sich auch in meisterhafter Weise in den Vortrag eingefügt hatte. Die Künstler ernteten denn auch jeweils gebührend reichen Beifall und Herr Haas wurde außerdem noch durch verschiedene Blumen Spenden geehrt.

Die Auseinandersetzungen in der U. S. P.

Der „Sozialdemokrat“, der bekanntlich im Dienst der Moskower-Unabhängigen steht, berichtet: Unter Führung der Abgg. Kinkel, Schuler und Scheppeler rückte am 21. Oktober nachmittags ein Trupp von 10 Mann in das Sekretariat der U.S.P. in Stuttgart, Wilhelmplatz 11, ein. Der Zweck der Uebung war die widerrechtliche Ausraubung des Kassenschranks, die Entwendung der Schreibmaschine und verschiedener Aktenmappen. Dem Gewicht der zu raubenden Dinge entsprechend, hätte ein Mann zum Transport genügt. — Die Rechtsunabhängigen dagegen erklärten in ihrem Mitteilungsblatt Nr. 2 über den Raub, daß Scheppeler ein persönliches Recht zur Inbesitznahme der verschiedenen Aktenmappen habe, da er Bürge für ein der U.S.P. gegebenes größeres Darlehen sei.

Die M...
Auf G...
MinVerfü...
gehen folg...
A. Sp...
B. Be...
meinde M...
C. In...
einbezogen...
und folge...
1.
2.
3.
4.
5.
6.
1. J...
oder sonst...
hängt, die...
nis aus d...
sind erlass...
höfste, die...
fremde...
von Milch...
Futter, S...
zeugen u...
Entfernung...
mit der B...
sonen und...
Stilles r...
das Ve...
Wartung...
wendet w...
2. S...
Schweine...
deckung im...
fortigen S...
Auf I...
am Donn...
werkstam...
Vor eine...
nach Beg...
nermeiste...
der Hand...
seinen A...
handelt e...
Ertragsu...
Gütern u...
Kommissi...
die Größ...
nannten...
seitgeste...
1918 900...
900 M...
1500 M...
Ertragsu...
und Gew...
unter ge...
Ertragsu...
unter Z...
stid zu v...
anzugebe...
tragswer...
ist der g...
gruben u...
Kapita...
Ziff. 14...
Wertpap...
bezahlen...
nannten...
fallen...
einer ge...
Genuß e...
führen...
geleges i...
von Zug...
Eine Be...
den in 3...
find bei...
Kinde ge...
bezahlen...
Ziff. 13...
Ziff. 14...
an Gold...
sich eine...
stände...
der Anj...
stoffe we...
fabrikate...
schlag zu...
wert am...
samtwert...
ab. We...
nach Ba...
Ziff. 16...
handelt...
mende...
Banken i...
zureichen...
Bankgüt...
gen für...
frei. Zi...
praktische...
31. Dez...
Mart. 3...
Zeitpunkt...
leistung...
scheiden...
Bei Vle...
ist, ob U...
Das Ver...
auch wer...
gatten ge...
Weite...
Reich s...
sind mögl...
kann ode...
Teil 3 a...
zahlung...
a nwei...

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gehöft der Margarethe Kugeler Ww. in Röttenbach. Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182—192 der MinVerfügung hiezu vom 11. Juli 1912 (RegBl. S. 317 ff.) ergehen folgende Anordnungen:

- A. Sperrbezirk: das verseuchte Gehöft.
- B. Beobachtungsgebiet: der nichtverseuchte Teil der Gemeinde Röttenbach.
- C. In den Umkreis von 15 km um den Seuchenort werden einbezogen sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks und folgende Gemeinden der Nachbaroberämter:
 1. im Oberamt Neuenbürg wie bei Würzbach;
 2. im Oberamt Nagold wie bei Albulach.
 3. im Oberamt Herrenberg desgleichen;
 4. im Oberamt Böblingen desgleichen;
 5. im Oberamt Leonberg wie bei Würzbach;
 6. im Bezirksamt Pforzheim desgleichen.

I. Besondere Maßregeln für den Sperrbezirk.

1. In dem verseuchten Gehöft ist über die Ställe oder sonstigen Standorte, wo Klauenvieh steht, die Sperre verhängt, die abgeperrten Tiere dürfen nur mit oberamtlicher Erlaubnis aus dem Stall (Standort) entfernt werden. Weitere Vorschriften sind erlassen über die Verwendung der Pferde außerhalb des Gehöfts, die Verwahrung des Geflügels, die Fernhaltung fremden Klauenviehs von dem Gehöft, das Weggeben von Milch, die Abfuhr von Dünger und Gaeuche, die Ausfuhr von Futtermitteln und Gerätschaften, namentlich Milchtransportgefäßen, die Entfernung von Kadavern u. a. Der Besitzer, sein Vertreter, die mit der Beaufsichtigung, Wartung und Pflege der Tiere betrauten Personen und Tierärzte müssen sich beim Verlassen eines gesperrten Stalles reinigen und desinfizieren. Andere Personen ist das Betreten der gesperrten Ställe verboten. Zur Wartung des Klauenviehs in dem Gehöft dürfen Personen nicht verwendet werden, die mit fremdem Klauenvieh in Berührung kommen.

2. Sämtliches Klauenvieh (Rindvieh, Schafe, Ziegen, Schweine) nicht verseuchter Gehöfte unterliegt der Absonderung im Stalle und darf nur mit oberamtlicher Erlaubnis zur sofortigen Schlachtung entfernt werden.

Das Reichsnotopfer.

Auf Veranlassung des Handels- und Gewerbevereins sprach am Donnerstag im „Bad Hof“ der Steuerberater der Handelskammer Reutlingen über das Gesetz betr. Reichsnotopfer. Vor einer zahlreich erschienenen Zuhörerschaft erläuterte er nach Begrüßung der Versammlung durch den Vorstand, Reichsnotopfergesetz, zunächst die eigentliche Steuererklärung an der Hand des vom Finanzamt zugelandten Formulars. Aus seinen Ausführungen sei einiges hervorgehoben. In A 1—4 handelt es sich um das Grundvermögen. Zu A 1: Der Ertragswert von landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Gütern wird erst vom Finanzamt im Einvernehmen mit einer Kommission festgestellt. Deshalb können die Landwirte hier nur die Größe ihrer Grundstücke angeben. Für die unter A 2 genannten Grundstücke kann der Ertragswert folgendermaßen festgestellt werden. Miet- oder Pachtvertrag 1917 z. B. 850 M., 1918 900 M., 1919 950 M., zu: 2700 M., Jahresdurchschnitt 900 M.; Eigenwohnung veranschlagt zu 600 M., Gesamtertrag 1500 M.; davon ab für Inanspruchnahme 1 Fünftel = 300 M., Ertragswert = 1200 M. Bei Häusern, die Wohn- und Gewerbezwecken dienen, wird vom gemeinen, d. h. von dem unter gewöhnlichen Verhältnissen erzielbaren Verkaufswert der Ertragswert für Wohnzwecke abgerechnet und der Unterschied unter Ziff. 14 eingeseht. Hat jemand die Absicht, ein Grundstück zu verkaufen, so ist es empfehlenswert, den gemeinen Wert anzugeben; denn wenn der Verkaufswert höher ist, als der Ertragswert, so wird der Verkäufer nachveranlagt. Für Bauland ist der gemeine Wert anzugeben, für verpachtete Kies-, Sandgruben usw. der Ertragswert. Ziff. 5 bis 11 behandeln das Kapitalvermögen. Geschäftsleute werden ihr Geld unter Ziff. 14 ausführen mit Ausnahme der unter 7a genannten Wertpapiere. Kriessanleihen sind mit dem am 31. Dez. 1919 bezahlten Kurswert von 77,5 zu berechnen. Die unter 7c genannten Wechsel usw. werden in der Hauptsache unter Ziff. 14 fallen. Zu Ziff. 8 gehören auch die Anteile von Mitgliedern einer gewerblichen oder landwirtschaftlichen Bank. Wer im Genuß einer Anwartschaft steht, wird ihren Wert bei 10 ausführen. Die Finanzämter sind auf Grund des Luxussteuergesetzes in der Lage, Nachforschungen zu machen über den Besitz von Luxusgegenständen, wie sie unter Ziff. 12 genannt werden. Eine Verheimlichung hat deshalb nicht viel Sinn. Die auf den in Ziff. 11—11 genannten Gegenständen ruhenden Schulden sind bei 12a anzuführen. Hierher gehören auch das einem Kinde gehörende Vermögen und die am 31. Dez. 1919 noch nicht bezahlten Steuern, die auf 1. April 1919 angelegt waren. — Ziff. 13—16 behandeln das Betriebsvermögen. Unter Ziff. 14 fallen alle Maschinen, Werkzeuge, Lagerwerte, Vorräte an Gold und Silber, Bank- und Postsparkonten, Schuldscheine für Gelder, die aus dem Betriebe stammen, Außenstände. Für die der Abnutzung unterliegenden Gegenstände ist der Anschaffungswert abzüglich Abnutzung einzusehen. Rohstoffe werden mit dem Anschaffungswert eingeseht; bei Halbfabrikaten ein der aufgewendeten Arbeit entsprechender Zuschlag zum Rohstoffwert. Für fertige Waren ist der Verkaufswert am Stichtag (31. Dez. 1919) maßgebend. Von dem Gesamtwert dieser Waren gehen die noch unbezahlten Rechnungen ab. Wer früher ein Geschäft betrieben hat und von dort her noch Waren zur Veräußerung besitzt, hat ihren Wert unter Ziff. 16 anzuführen. — Abschnitt B der Steuererklärung behandelt die für die Veranlagung in Betracht kommenden Verhältnisse. Zu B 1 ist zu bemerken, daß die Bantenn verpfändet sind, beim Finanzamt ein Verzeichnis einzureichen mit dem Namen der Kunden, die mehr als 3000 M. Pantenthaben besitzen. Unter II fallen auch Kapitalabfindungen für Kriegsbeteiligte. Diese Kapitalabfindungen sind steuerfrei. Ziff. II betrifft besonders Flüchtlinge. Zu Ziff. Vb ein praktischer Fall: Ein Vater gab seiner Tochter, die sich vor dem 31. Dez. 1916 verheiratete, außer der Aussteuer noch bar 10 000 M. Die 2. Tochter verheiratete sich nach dem angegebenen Zeitpunkt und erhielt ebenfalls aus Gleichheits- oder Gerechtigkeitgründen 10 000 M. Die Kommission hat nun zu entscheiden, wie diese letzte Summe zur Steuer zu veranlagung ist. Bei VIc prüfe man genau, was für den Einzelnen vorteilhafter ist, ob Abzug eines Teiles der Steuer oder jinslose Stundung. Das Vermögen beider Ehegatten ist bei VIIb anzugeben, auch wenn Gütertrennung vereinbart ist. Leben beide Ehegatten getrennt, so sind deren Vermögen getrennt anzuführen. Weiter ging dann der Redner ein auf die Höhe des Reichsnotopfers und auf dessen Bezahlung. Drei Wege sind möglich: Wer nicht die ganze Steuer auf einmal zahlen kann oder will, dem ist die Jogen. Annuitäten- oder Teilzahlung zu empfehlen. Der zweite Weg ist die Bezahlung des Reichsnotopfers mit unverzinsten Schatzanweisungen, der dritte die Bezahlung mit Kriegs-

3. Sämtliche Hunde sind schutzlegen.
4. Schlächtern, Viehflaktieren sowie Händler und anderen Personen, die gewerbsmäßig in Ställen verkehren, ferner Hausierhändlern ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Klauenvieh im Sperrbezirk und der Eintritt in die Seuchengehöfte verboten.
5. Dünger und Gaeuche von Klauenvieh, ferner Gerätschaften und Gegenstände aller Art, die mit solchem Vieh in Berührung gekommen sind, dürfen aus dem Sperrbezirk nur mit polizeilicher Erlaubnis ausgeführt werden.
6. Die Einfuhr von Klauenvieh in den Sperrbezirk, sowie das Durchtreiben von solchem Vieh und das Durchfahren mit Wiederläufergespannen durch den Bezirk ist verboten. Ausnahmen für die Einfuhr kann das Oberamt zulassen.
7. Die Ver- und Entladung von Klauenvieh auf den Bahnhöfen im Sperrbezirk ist verboten.

II. Besondere Maßregeln für das Beobachtungsgebiet, soweit es in den Oberamtsbezirk fällt.

1. Klauenvieh darf aus dem Beobachtungsgebiet nicht entfernt werden. Das Oberamt kann die Ausfuhr in der Regel nur zu sofortiger Schlachtung zulassen.
2. Das Durchtreiben von Klauenvieh und das Durchfahren mit Wiederläufergespannen ist verboten.

III. Gemeinsame Maßregeln für Sperrbezirk, Beobachtungsgebiet und 15 Kilometer-Umkreis, soweit sie in den Oberamtsbezirk fallen.

- Verboten sind:
1. Die Abhaltung von Märkten und marktähnlichen Veranstaltungen mit Klauenvieh, sowie der Austritt von Klauenvieh auf Jahrs- und Wochenmärkte.
 2. Der Handel mit Klauenvieh, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet. Als Handel gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.
 3. Die Veranstaltung von Versteigerungen von Klauenvieh.
 4. Die Abhaltung von öffentlichen Tierschauen mit Klauenvieh.
 5. Das Weggeben von nicht ausreichend erhitzter Milch aus Sammelmolkereien an landwirtschaftliche Betriebe, in denen Klauenvieh gehalten wird, sowie die Bewertung solcher Milch in den eigenen Viehbeständen der Molkerei, soweit dies nicht schon ohnehin verboten ist, ferner die Entfernung der zur Anlieferung der Milch und zur Ablieferung der Milchrückstände benutzten Gefäße aus der Molkerei, bevor sie desinfiziert sind.

Als ausreichende Erhitzung der Milch ist anzusehen:

- a) Erhitzung über offenem Feuer bis zum wiederholten Aufkochen;
- b) Erhitzung durch unmittelbar oder mittelbar einwirkenden stromenden Wasserdampf auf 85°;
- c) Erhitzung im Wasserbad, und zwar entweder auf 85° für die Dauer einer Minute oder, unter der Voraussetzung, daß durch geeignete Vorrichtungen eine gleichmäßige Erwärmung der gesamten Milchmenge oder Milchrückstände gewährleistet ist, auf 70° für die Dauer einer halben Stunde.

Die Desinfektion der Milchgefäße kann mit strömendem Wasserdampf oder durch Auslöchen in Wasser oder 3prozentiger Soda- oder Seifenlösung oder auf eine der folgenden Arten geschehen:

durch Einlegen der Gefäße in kochend heißes Wasser oder kochend heiße Sodablösung oder dünne Kalkmilch für die Dauer von mindestens 2 Minuten dertat, daß alle Teile der Gefäße von der Flüssigkeit bedeckt sind;

oder durch gründliches Abbürsten der Außen- und Innenfläche der Gefäße nebst Griffen, Deckeln und anderen Verschlußvorrichtungen mit kochend heißem Wasser oder kochend heißer Sodablösung oder dünner Kalkmilch.

Jeder weitere Ausbruch oder Verdacht der Seuche ist der Ortspolizeibehörde sofort nach dem Auftreten der ersten Krankheitsercheinungen anzuzeigen. Verletzungen der Anzeigepflicht oder der vorstehend angeordneten Schutzmaßregeln unterliegen den Strafbestimmungen des § 328 StGB. und der §§ 74 bis 77 des Viehseuchengesetzes und ziehen den Verlust des Entschädigungsanspruchs für Rindvieh nach sich.

Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, die für ihre Gemeindebezirke zutreffenden Maßregeln in ortsüblicher Weise bekannt machen und die Einhaltung streng überwachen zu lassen. An den Haupteingängen des Sperrbezirks und des Beobachtungsgebietes sind Tafeln mit der durch § 185 Abs. 2 bezw. § 189 Abs. 2 vorgeschriebenen Aufschrift leicht sichtbar anzubringen. Calw, den 21. Oktober 1920. Oberamt: GöS.

anleihe. Wer bis zum 31. Dez. 1920 damit bezahlt, erhält den Nennwert der Anleihe angerechnet, sofern er sie selbst gezeichnet hat.

Am Schluß gab der Redner noch einen Ueberblick über die allgemeine Schuldenlast Deutschlands. Der Betrag von Versailles hat unter Volkvermögen wesentlich vermindert. Es ist deshalb sittliche Pflicht jedes Deutschen, dem Reiche zu geben, was des Reiches ist.

In der anschließenden freien Aussprache kam besonders die verschiedene Auffassung der Finanzämter über ein und denselben Punkt zum Ausdruck. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine von den Zuhörern mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Die Waffenablieferung in Württemberg.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Gesamtablieferung bis 17. Oktober hat folgendes Ergebnis: 7 Geschütze, 2 Minenwerfer, 8 Vorrichtungen zum Werfen von Sprenggeschossen, 7 Gewehrgranatwurfschere, 378 Maschinengewehre, 51 Maschinengewehrrohre, 29 275 Gewehre, Karabiner und Langgewehre, 2927 Armeerevolver und -pistolen, 4170 Handgranaten, Gewehre und Wurfgranaten, 12 Geschützverschlüsse, 24 Richtvorrichtungen, 7 Rundbüchsenrohre, 2 Richtkreuze, 650 Maschinengewehrverschlüsse, 50 Maschinengewehrzielführer, 818 Maschinengewehrverschlüsse, 1437 Gewehrverschlüsse, 664 Gewehrtafeln, 792 Kg. Artilleriemunition, 74 Artillerie- und Minenzünder u. Sprengkapseln, 1993 Handgranatenzünder und Sprengkapseln, 726 480 Stück Munition für Handfeuerwaffen.

Besteuerung der Kriegs- und Zivilgefangenen.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Gegenüber den zurzeit noch in Deutschland befindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen besteht für die deutschen Behörden keine Internierungspflicht mehr. Ihre Kontrolle ist nicht mehr militärischer, sondern überwiegend polizeilicher Art. Soweit sie unter das Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sowjetrepublik über die Heimführung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten vom 19. April 1920 (RegBl. S. 1183) fallen, haben sie einen Anspruch auf Heimbeiförderung. Daran vermag auch die zeitweilige Unmöglichkeit der Heimführung nichts zu ändern. Jedenfalls ist ihnen im wesentlichen das Recht der Freizügigkeit gewährt. Sie vermögen selbständig rechtswirksame Arbeitsverträge abzuschließen. Hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind sie den deutschen Arbeitern gleichgestellt. Bei dieser Rechtslage hat das Reichsfinanzministerium die Einkommensteuerpflicht der zurzeit noch in Deutschland befindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen gemäß § 2 II des Reichseinkommensteuergesetzes v. 29. März 1920 (RegBl. S. 359) bejaht. Demgemäß ist bei ihnen auch der Steuerabzug vom Arbeitslohn vorzunehmen.

Neuer württembergischer Waldbarbeitertarif.

Am 13. Oktober fanden beim württ. Arbeitsministerium die am 20. September begonnenen Verhandlungen über den neuen württ. Waldbarbeitertarif ihren Abschluß. Die Lohnsätze für Tagelohnarbeiten erfuhr eine kleine Erhöhung und bewegen sich von 3.40 bis 3.70 M per Stunde. Für Akkordarbeiten ist ein durchschnittlicher Mehrverdienst von 25 Prozent festgelegt. Der Tarif ist zwischen der Staatsforstverwaltung, dem Zentralverband der Forst- und Landarbeiter und dem Deutschen Landarbeiterverband abgeschlossen. Der württ. Waldbesitzerverband ist dem Tarif nicht beigetreten.

Mutmaßliches Wetter am Dienstag und Mittwoch.

Die Wetterlage ist im wesentlichen unverändert. Am Dienstag und Mittwoch ist zwar zeitweilig trübes, aber in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

Militärische Übungen.

(SCB.) Stuttgart, 24. Okt. Die militärische Übung der Reichswehr bei Ludwigsburg in Anwesenheit des Generals v. Seekt verlief zur Zufriedenheit der militärischen Behörden, ebenso eine Übung des Reiter-Regts. 18 auf dem Ludwigsburger Exerzierplatz.

(SCB.) Calmbach, O.-A. Neuenbürg, 23. Okt. In einer der letzten Nächte wurden aus dem Gasthof des Hirchwarts in Igelsloch ein Paar schwere Ochsen gestohlen und auf

den Enzhof an den Wirt verkauft. Dieser traute der Sache nicht und bezahlte die Summe (21 000 Mark) mit einem Scheck auf die Wildbader Bank, den er am anderen Morgen sofort sperren ließ. Schnell wurden auch die Täter durch Landjäger ermittelt und verhaftet.

(SCB.) Stuttgart, 24. Okt. Der politische Redakteur des „Sozialdemokrat“ erhielt vom höchsten Amtsgericht einen Strafbefehl auf 4 Wochen Haftstrafe, weil er am 22. Mai ds. Js. trotz bestehenden Verbotes zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel aufforderte und sich als Redner zur Verfügung stellte.

(SCB.) Stuttgart, 24. Okt. Auch im Gemeinderat hat sich bei den Unabhängigen die Spaltung in für und wider Mostau vollzogen. Sechs UCB-Mitglieder sind der alten Parole treu geblieben, vier haben sich der Richtung Mostau angeschlossen.

(SCB.) Stuttgart, 21. Okt. Während der Voranschlag für die evang. Gesamtkirchengemeinde für 1919 etwas über 1 Million Mark erforderte, mußten für 1920 rund 2 Mill. M eingeseht werden. Die Gehälter für die Angestellten und Beamten der Kirchenpflege erfordern 226 000 M (Vorjahr 82 000 M), die Mesnergehälter 240 000 M (92 000 M). Von 64 Glöden hat die Gesamtkirchengemeinde 26 abgegeben. 1 800 000 M der Gesamtausgaben sind durch Umlage aufzubringen. Der Gesamtkirchenrat beschloß eine Umlage von 4½ Prozent der direkten Staatssteuer, gegenüber 6½ Proz. im Vorjahr. Dieser Beschluß hat bereits die Zustimmung des Gemeinderats und der Stadtdirektion erhalten.

(SCB.) Stuttgart, 22. Okt. Der Bädermeister August Metzger in Feuerbach bezog im Jahre 1916 von den Mühlenbesitzern Christian und Karl Siegle in Ditzingen mindestens 130 Zentner Mehl, die er in Stuttgart an Gasthäuser und Konditoreien mit so großem Gewinn absetzte, daß er nicht nur 34000 Mark Hypotheken abzahlen, sondern auch 15 000 Mark ausleihen und ein Grundstück im Wert von 5000 Mark bar erwerben konnte. Wie das „Neue Tagblatt“ berichtet, ist ihm eine in der Eisenbahn liegen gelassene Brieftasche zum Verwahrer geworden. Er bekam von der Wucherkammer 1 Jahr Gefängnis und 25 000 Mark Geldstrafe. Karl Siegle wurde zu drei Monaten und 12 000 Mark, Christian Siegle zu 4 Wochen und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Abnehmer des Mehls werden sich demnächst zu verantworten haben.

(SCB.) Heidenheim, 24. Okt. Die Stadtgemeinde ist mit 720 000 M an der Amtsdörperschaftsumlage 1920 beteiligt.

(SCB.) Mengen, 22. Okt. Der 31jährige verheiratete Bierbrauereibesitzer Max Steinhart stieg bei der Jagd auf einen Baum. Als er das an den Baum geklebte Gewehr zu sich hinaufzog, ging der Schuß los und tötete ihn sofort. Steinhart hinterläßt eine Witwe mit zwei Kindern.

(SCB.) Von der bayerischen Grenze, 22. Okt. Vor etwa zwei Jahren wurden im Schloß Holzen durch Einbruch während der Nacht Eier, Wein usw. gestohlen. Da die Beute zum Tragen zu schwer war, wurde ein Pferd aus dem Stall geholt, das die Sachen nach Augsburg ziehen mußte. Der Dieb war sehr nobel. Wagen und Pferd ließ er in einer Gastwirtschaft stehen und dies dem Schloßherrn melden. Später wurde er ermittelt und bekam 9 Monate Gefängnis. Dieser Tage stellte er sich nun dem Schloßherrn als Dieb vor, der seine Strafe verbüßt habe, bat um Verzeihung und bot sich als Diener an.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Blöchliger'schen Buchdruckerei. Calw.

Calw, den 24. Oktober 1920.
Todes-Anzeige.
 Unser lieber Gatte, Vater, Großvater, Urgroßvater, Bruder und Schwager



Jakob Schmolz
 Pfäfftermeister
 Veteran von 1870/71

Ist heute, Sonntag früh 4 Uhr nach kurzem Krankenlager sanft verschieden.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
 die Gattin:
Wilhelmine Schmolz, geb. Sanzi,
 die Kinder:
Heinrich Schmolz, Studentat,
Karl Schmolz, Kaufmann,
Klara Haebe, geb. Schmolz.
 Beerdigung Mittwoch Nachmittag 2 Uhr vom Bezirkskrankenhaus aus.

Frisch eingetroffen:
 Lachs-Heringe,
 Delikates-Heringe,
 Fett-Büchlinge,
 Bismarck-Heringe,
 Kräuter-Räs,
 Ia. Kaffee-Ersatz 1 Pfd.-Buket Mk. 3.50.

Spar- u. Consumverein.

Kunstofffärberei Stuttgart
 färbt und reinigt alles schön und gut.
 Annahmestelle: **W. Entenmann**, Lederstr. 91.

Schmiech-Martinsmoos.
Hochzeits-Einladung.
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 28. Oktober 1920, stattfindenden

Hochzeits-Feier
 in das Gasthaus zur „Krone“ in Martinsmoos freundlichst einzuladen.
Johann Georg Kalmbach
 Sohn des Jakob Kalmbach, Bauer in Schmiech.
Eva Maria Schaible
 Tochter des Andreas Schaible, Bauer in Martinsmoos.
 Kirchgang um 11 Uhr in Martinsmoos.
 Wir bitten dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.


Die Männerriege
 ist wiederzusammengetreten und turtel Dienstag abends von 8 Uhr an. Jedermann im Alter von über 23 Jahren ist höflich eingeladen.
 Der Turnrat.

Verlaufen
 hat sich am Samstag mein **Schnauzer**
 Bitte denselben gegen Belohnung abzugeben bei **Georg Sengenbach, Liebenzell.**
 Vor Ankauf w. gewarnt.

60 Ztr. gute Bodentohlraaben
 für Speisezwecke sucht zu kaufen
 und erbittet Angebote mit Preisangabe, das **Missionshaus Liebenzell.**

 **Kaufe Hunde** 
 Ehr. Kentschler, Bad Teinach.

Kaufmann, 42 Jahre alt, verh., kinderl., sucht auf 1. Januar **Stellung** irgend welcher Art, Lager- od. Hausverwalter womöglich mit Wohnung.
 Angebote erbeten unter 3. 100 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Hofftett.
Ein Paar junge starke Zug-Ochsen
 Koller, zur „Krone“

Neuweiler.
Hochzeits-Einladung.
 Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 28. Okt. 1920, stattfindenden

Hochzeits-Feier
 in das Gasthaus zum „Adler“ hier freundlichst einzuladen.
Jakob Bözner,
 Sohn des Christian Bözner, Bauer, hier.
Katharine Kübler,
 Tochter des Martin Kübler, Bauer, hier.
 Kirchgang um 11 Uhr.
 Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Wer sich noch eine erstklassige deutsche Nähmaschine
 in Eichen und Nuthbaum mit vernickelten Teilen, auch Verrenkmaschinen anschaffen will wende sich an die Firma **Stephan Gerster** Nähmaschinenfabriklager **Neutlingen.**
 — Auskunft kostenlos —
 Kriegs-Anleihe wird in Zahlung genommen.
 Zahlungs-Erleichterung wieder gestattet!
 NB. Die Anschaffung dieses unentbehrlichen Haushaltsgegenstandes ist in jegiger Zeit die allerbeste Kapital-Anlage. Auch ist infolge der Materialknappheit, der hohen Lohnforderungen, der verkürzten Arbeitszeit, sowie der neuen Steuerlasten ein Preisabschlag nicht zu erwarten!

Ich komme wieder:



Dr. Gantner's Salmiak-Terpentin-Seifenpulver
Goldperle
 ab 1. November erhältlich.
 Wundervoll schäumend, durch den Salmiakzusatz verblüßend schnell schmutzlösend, die Wäsche schonend
 Zum Einweichen: Rotstern-Bleichsoda-
 Hersteller: Carl Gantner, Göppingen (Württemberg.)

Seltene Gelegenheit!
 3 Duzend Eßbestecke, rein Aluminium, garantiert gute Ware, auf. nur Mk. 55.—
 Br. Gelfer, Metalle, Lorch (Württemberg.)

Eine **Holzstange** zum Aufbewahren von Feldfrüchten ist zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Drucksachen liefert rasch u. sauber die Druckerei dies. Blattes.

Hauptagenturen
 für Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Transport-, Reise- und Feuer-Versicherung
 Haupt- und Bezirks-Vertreter
M. Müller, Liebenzell.

Wer unreines Blut hat?
 Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden, schlechte Verdauung, Blatandrang nach d. Kopfe, Kopfschmerz, trinke Dr. Ballebs echten Franzbranntwein, zu haben bei: Kuffstein & Kistowsky, Ritter-Drogerie.

Pferdeknecht-Gesuch.
 Gesucht einen zuverlässigen, älteren **Acker-Knecht** zum Fahren mit einem Pferd.
Dienst-Mädchen
 von 14-16 Jahren, welchem Gelegenheit geboten ist, häusliche Arbeiten zu lernen, sofort gesucht.
 Riehle & „Rappen“, Weilerstadt, Tel. 7.

Eßringen.
 Unterzeichneter setzt einen 7 1/2 jährigen, schweren **Braun-Wallachen**,
 leicht eingefahren, dem Verkauf aus.
 Angel.

20 Zentner Kohlraben
 sucht zu kaufen
 Ehr. Stürner, Calw.

Großer billiger Verkauf
in Anzügen und Wästern.

Herren-Anzüge, ganz vorzügliche Qualitäten in verschiedenen Mustern zu **500.— Mk.**
Herren-Wäster, darunter Flauschstoffe mit angewebtem Futter zu **650.— 800.— 200.— Mk.**
Burschen-Anzüge in farbig u. dunkelblau zu **360.— 300.— 250.— 195.— u. 150.— Mk.**

Arbeiter-Zwirn-Hosen zu 48 Mk. sehr dauerhaft.

Fabrikniederlage: Heinrich Krabmüller, Pforzheim, Leopoldstraße 7a, 1. Treppe.

New-York Herald Zigaretten von 20 bis 50 Pfg. pro Stück.
 New-York Herald Company m. b. H., Zigarettenfabrik, Stuttgart.

* Die Tagen die Danzig rischer Befrechts, wie zu verfle als wolle deutschen dem sog. haben hier dessen „G ist, daß P um ezisten deutsches errichtet „Freie St waren ab richtet, ma dem Auge Wirtung gestern ver sehen könn einen Hoh ein derart daß von Die Leitun der Sta den Polen Zollgebiet werden vo des Danz hat schließ Brennmat tung Pole Reht; de Brennstoff rechnet m wirtschaftl gestalten, lich, aber Übung: erreicht, je Ofstpreu Zurzeit fu trag zuge überall S durch die militärlsch schwerl verhindern werden, di nicht aber ung erteil dem „Wöl hinfällig, weg trans systematis preußens Befann anzuwende und so di deutsche, r polnischen putsche, u — wenn Sicherheit sphen Abst wohl heiß stiftern en auch inne worden, w mildern lä den zu w verständlid Der Gedar mit der teils tatja polnischen wenn sie